

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Roth, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Manfred Opel, Robert Leidinger, Gerhard Neumann (Gotha), Brigitte Adler, Gerd Andres, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Helmuth Becker (Nienberge), Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Andreas von Bülow, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Wolf-Michael Catenhusen, Klaus Daubertshäuser, Karl Diller, Ludwig Eich, Gernot Erler, Carl Ewen, Anke Fuchs (Köln), Katrin Fuchs (Verl), Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Dr. Fritz Gautier, Konrad Gilges, Günter Graf, Achim Großmann, Dieter Heistermann, Günther Heyenn, Reinhold Hiller (Lübeck), Erwin Horn, Lothar Ibrügger, Gabriele Iwersen, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Klaus Kirschner, Walter Kolbow, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Detlev von Larcher, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Klaus Lohmann (Witten), Ulrike Mascher, Herbert Meißner, Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop), Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Franz Müntefering, Dr. Edith Niehuis, Horst Niggemeier, Günter Oesinghaus, Adolf Ostertag, Horst Peter (Kassel), Albert Pfuhl, Joachim Poß, Otto Reschke, Peter W. Reuschenbach, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ottmar Schreiner, Dietmar Schütz, Brigitte Schulte (Hamel), Dr. R. Werner Schuster, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Hartmut Soell, Heinz-Alfred Steiner, Ludwig Stiegler, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Günther Tietjen, Uta Titze, Siegfried Vergin, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Hans Georg Wagner, Ernst Waltemathe, Rudi Walther (Zierenberg), Dr. Konstanze Wegner, Wolfgang Weiermann, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Hildegard Wester, Gudrun Weyel, Dieter Wiefelspütz, Dr. Hans de With, Uta Zapf, Peter Zumkley, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/882 —

**Ausgleich der Folgen von Abrüstung, Truppenreduzierungen
und Standortauflösungen in strukturschwachen Regionen**

A. Problem

Der Antrag richtet sich auf die Auswirkungen der Truppenreduzierung und Standortverkleinerung oder -auflösung auf Wirtschaft, Beschäftigung und Infrastruktur der jeweiligen Standorte sowie der umliegenden Regionen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage der vorgelegten Stationierungsplanung die Maßnahmen aufzuzeigen, die getroffen wurden, um die Folgen der Abrüstung für die Soldaten, Zivilbeschäftigten sowie für die betroffenen Kommunen und Regionen sozial und strukturverträglich zu gestalten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages — Drucksache 12/882 —.

Fortführung der bereits durch die Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere Einhaltung der zwischen Bund und Ländern erreichten Einigung beim Steueränderungsgesetz 1992.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/882 — abzulehnen.

Bonn, den 6. Mai 1992

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Elke Wülfing
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Elke Wülfing

I.

Der Antrag — Drucksache 12/882 — wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. September 1991 dem Ausschuß für Wirtschaft federführend und dem Auswärtigen Ausschuß, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Verteidigungsausschuß, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem Ausschuß für Fremdenverkehr und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der mitberatende Auswärtige Ausschuß hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 1991 den Antrag beraten und dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der mitberatende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 4. Dezember 1991 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Enthaltung eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU und Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der mitberatende Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 16. Oktober 1991 beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der mitberatende Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 4. Dezember 1991 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der mitberatende Ausschuß für Fremdenverkehr hat den Antrag in seiner Sitzung am 4. Dezember 1991 beraten. Er schlägt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 6. Mai 1992 ausführlich beraten.

Die Koalitionsfraktionen wiesen im Laufe der Beratungen darauf hin, daß der Antrag vom 1. Juli 1991

datiere und daher in vielen Aspekten bereits überholt sei. Denn die Bundesregierung habe zwischenzeitlich gehandelt und ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet. Zum Thema der wirtschaftspolitischen Begleitung der Abrüstungsfolgen sei zwischen Bund und Ländern lange verhandelt worden. Hierbei habe ein Sonderprogramm im Rahmen der bestehenden Instrumentarien (Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur und Städtebauförderung) zur Diskussion gestanden, wie auch von Seiten der Bundesländer, die Erweiterung des Strukturhilfeprogramms bei freier Entscheidung der Länder über die Verwendung der Finanzmittel. Im Rahmen dieser Verhandlungen habe es keine Annäherung der Standpunkte gegeben. Erst mit den Verhandlungen zum Steueränderungsgesetz 1992 sei eine Einigung zwischen Bund und Ländern erfolgt; die verhandelnden Partner hätten sich darauf geeinigt, daß eine regional- und wirtschaftspolitische Begleitung des Abrüstungsprozesses von den Ländern selbst vorgenommen werden könne, weil der Mehrwertsteueranteil für die Bundesländer von 35 vom Hundert auf 37 vom Hundert heraufgesetzt worden sei. Mit dieser Zuführung von Finanzmitteln in Milliardenhöhe gehe einher, daß die regional- und wirtschaftspolitische Begleitung der Folgen von Abrüstung und Truppenreduzierung bei den Bundesländern liege.

Seitens des Bundesministeriums der Finanzen sei auch eine verbilligte Abgabe von Liegenschaften angeboten worden. Ungeachtet der bereits ergriffenen Maßnahmen habe der Ausschuß für Wirtschaft darüber hinaus einige Petiten, die das Bundesministerium für Wirtschaft mit dem Bundesministerium der Finanzen verhandeln möge, und zwar

1. die Vergabe von Liegenschaften in Erbpacht vorzusehen. Das sei wichtig in den neuen Bundesländern, gerade dort, wo nicht gekauft werden könne. Es sollte eine verbilligte Erbpacht vorgesehen werden.
2. Im Bundesministerium der Finanzen solle in diesem Zusammenhang auch überlegt werden, ob bei der Abgabe bundeseigener Liegenschaften nicht die Einschaltung von privaten Verwertungsgesellschaften vorgesehen werden solle. Denn es müsse auch in diesem Bereich dafür gesorgt werden, daß Grundstücke schnellstmöglichst verwendet und verkauft werden. Wenn das Bundesvermögensamt hierbei nicht so rasch nachkommen könne, könnte es sich privater Verwertungsgesellschaften bedienen.
3. Umweltpolitiker hätten Hinweise darauf gegeben, daß bisher militärisch genutzte Liegenschaften auf dem Gebiete der DDR durch Altlasten beschwert seien. Es frage sich daher, ob, wie vom Bundesministerium der Finanzen vorgesehen, tatsächlich die Altlastensanierung nur bis zur Höhe des Kaufprei-

ses erstattet werden sollte. In Einzelfällen müßte hierüber sicher noch einmal nachgedacht und andere Wege überlegt werden.

4. Des weiteren sei die Situation der Soldaten bzw. der zivilen Angestellten von Bedeutung. Hier sei sehr rasch gehandelt worden, eben durch das Personalstärkegesetz und das Bundeswehrbeamten-Anpassungsgesetz sowie durch gute tarifvertragliche Vereinbarungen. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien zu begrüßen.

Die antragstellende Fraktion der SPD erklärte im Laufe der Beratungen, daß sie lediglich die Nummern 2 und 3 des vorliegenden Antrages zur Abstimmung

stellen wolle, weil diese unverändert blieben. Mit Rücksicht auf den bereits von den Koalitionsfraktionen dargelegten Kompromiß zwischen Bund und Ländern seien Teile dieses Antrages durchaus verändert. Der Abschnitt unter Nummer 3.3 solle gestrichen werden. In dieser veränderten Fassung werde der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuß beschließt mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/882 — in der von der antragstellenden Fraktion dargelegten geänderten Fassung abzulehnen.

Der unveränderte Antrag — Drucksache 12/882 — wird ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Bonn, den 6. Mai 1992

Elke Wülfing

Berichterstatlerin

